



Forsa-Umfrage

EINSTELLUNGEN ZUM KLIMASCHUTZ

Im Auftrag des Deutschen Naturschutzrings e.V. (DNR) hat forsa Politik- und Sozialforschung GmbH eine repräsentative Befragung zu den Klimazielen der EU durchgeführt. Im Rahmen der Untersuchung wurden insgesamt 1.018 nach einem systematischen Zufallsverfahren ausgewählte Personen ab 18 Jahren in Deutschland repräsentativ befragt. Die Erhebung wurde vom 6. bis 9. Oktober 2020 mithilfe des repräsentativen Online-Befragungspanels forsa.omninet durchgeführt. Die ermittelten Ergebnisse können mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Grundgesamtheit übertragen werden.

EINSTELLUNGEN ZUM KOHLEAUSSTIEG

Um die von der EU derzeit geplanten Ziele der CO₂-Reduzierung zu erreichen, müsste auch Deutschland seine Klimaziele nachschärfen. Deutschland hat auf Empfehlung der „Kohle-Kommission“ das Jahr 2038 für den Ausstieg aus der Kohle beschlossen.

Jeder dritte Befragte (33 %) meint, dass Deutschland an dem Kohleausstieg im Jahr 2038 wie beschlossen festhalten sollte. Eine Mehrheit (58 %) wünscht sich hingegen, dass Deutschland einen früheren Ausstieg anstreben sollte.

Die Anhänger der AfD und der FDP sind mehrheitlich dafür, dass Deutschland am Kohleausstieg im Jahr 2038 wie beschlossen festhalten sollte.

ERGEBNISSE DER BEFRAGUNG

Deutschland sollte am Kohleausstieg im Jahr 2038 wie beschlossen festhalten

	ja	nein, sollte früheren Aus- stieg bis 2030 anstreben	weiß nicht
	%	%	%
insgesamt	33	58	9
Ost	39	52	9
West	32	59	9
Männer	38	58	4
Frauen	27	59	14
18- bis 29-Jährige	20	67	13
30- bis 44-Jährige	39	51	10
45- bis 59-Jährige	38	54	8
60 Jahre und älter	31	62	7
Hauptschule	37	55	8
mittlerer Abschluss	38	52	10
Abitur, Studium	31	62	7
Anhänger der			
CDU/CSU	41	55	4
SPD	37	60	3
Grünen	12	83	5
Linken	20	76	4
FDP	57	38	5
AfD	69	9	22

EINSTELLUNGEN ZUM AUSBAU DER WINDENERGIE AN LAND

Wenn der Ausbau der Windenergie an Land zügiger als bisher voranschreiten würde, fänden das zwei Drittel der Befragten (67 %) gut, ein Viertel (24 %) fände dies nicht so gut.

9 Prozent – vergleichsweise am häufigsten Befragte aus Ostdeutschland – trauen sich diesbezüglich keine Einschätzung zu.

Die Anhänger der AfD fänden es – im Gegensatz zu den übrigen Befragtengruppen – mehrheitlich nicht so gut, wenn der Ausbau der Windenergie an Land zügiger als bisher voranschreiten würde.

ERGEBNISSE DER BEFRAGUNG

Wenn der Ausbau der Windenergie an Land zügiger als bisher voranschreiten würde, fänden das

	gut	nicht so gut	weiß nicht
	%	%	%
insgesamt	67	24	9
Ost	50	32	18
West	71	22	7
Männer	68	28	4
Frauen	66	20	14
18- bis 29-Jährige	77	16	7
30- bis 44-Jährige	64	24	12
45- bis 59-Jährige	65	27	8
60 Jahre und älter	66	25	9
Hauptschule	66	23	11
mittlerer Abschluss	68	23	9
Abitur, Studium	67	25	8
Anhänger der			
CDU/CSU	71	25	4
SPD	78	20	2
Grünen	86	10	4
Linken	76	18	6
FDP	48	48	4
AfD	31	60	9

EINSTELLUNGEN ZUR INSTALLTIONSPFLICHT EINER PHOTOVOLTAIKANLAGE

Gäbe es ein Gesetz, dass Neubauten und Dachsanierungen grundsätzlich mit der Installation von Photovoltaikanlagen zu erfolgen haben, fänden das die meisten Befragten (60 %) gut. 30 Prozent fänden dies nicht so gut.

Ein Gesetz, das Neubauten und Dachsanierungen grundsätzlich und verpflichtend mit der Installation von Photovoltaikanlagen verbindet, fänden nur die Anhänger der FDP und der AfD mehrheitlich nicht so gut.

Vor allem die Anhänger der Grünen und der Linkspartei würden ein solches Gesetz befürworten.

ERGEBNISSE DER BEFRAGUNG

Gäbe es ein Gesetz, dass Neubauten und Dachsanierungen grundsätzlich mit der Installation von Photovoltaikanlagen zu erfolgen haben, fänden das

	gut	nicht so gut	weiß nicht
	%	%	%
insgesamt	60	30	10
Ost	51	35	14
West	62	29	9
Männer	57	37	6
Frauen	63	24	13
18- bis 29-Jährige	64	22	14
30- bis 44-Jährige	57	34	9
45- bis 59-Jährige	53	37	10
60 Jahre und älter	65	27	8
Hauptschule	62	27	11
mittlerer Abschluss	54	36	10
Abitur, Studium	63	29	8
Anhänger der			
CDU/CSU	61	34	5
SPD	61	33	6
Grünen	76	11	13
Linken	82	16	2
FDP	38	58	4
AfD	30	65	5

EINSTELLUNGEN ZUR ABSCHAFFUNG VON VERBRENNUNGSMOTOREN

Da im Verkehrsbereich die CO₂-Emissionen seit 1990 nicht gesunken sind, fordern manche, ab 2030 oder 2035 keine Pkw mit Verbrennungsmotoren mehr zuzulassen.

Die Hälfte der Befragten (50 %) würde ein Ende der Neuzulassungen für den Verbrennungsmotor unterstützen, und zwar jeweils zu gleichen Teilen bereits für das Jahr 2030 (25 %) bzw. für das Jahr 2035 (25 %).

41 Prozent der Befragten würden ein Ende der Neuzulassungen für den Verbrennungsmotor nicht unterstützen.

Überdurchschnittlich häufig würden die Befragten mit formal niedriger oder mittlerer Bildung, die Anhänger der CDU und vor allem die Anhänger der FDP und der der AfD ein Ende der Neuzulassungen für Verbrennungsmotoren nicht unterstützen.

Die Anhänger der Grünen würden häufiger als der Durchschnitt ein Ende der Neuzulassungen schon für 2030 anstreben.

ERGEBNISSE DER BEFRAGUNG

Ein Ende der Neuzulassungen für den Verbrennungsmotor würden unterstützen

	Ja, für 2030	ja, für 2035	nein *)
	%	%	%
insgesamt	25	25	41
Ost	23	22	41
West	25	25	41
Männer	25	26	46
Frauen	25	23	36
18- bis 29-Jährige	31	23	32
30- bis 44-Jährige	27	17	46
45- bis 59-Jährige	21	25	47
60 Jahre und älter	23	31	38
Hauptschule	18	25	49
mittlerer Abschluss	18	24	50
Abitur, Studium	31	25	36
Anhänger der			
CDU/CSU	15	28	51
SPD	24	35	36
Grünen	47	29	16
Linken	32	26	30
FDP	12	21	63
AfD	2	14	84

*) an 100 Prozent fehlende Werte = „weiß nicht“

EINSTELLUNGEN ZU KONJUNKTURHILFEN FÜR DEN KLIMAFREUNDLICHEN UMBAU DER WIRTSCHAFT UND INFRASTRUKTUR

Wenn die Bundesregierung die Konjunkturlösungen – unabhängig von den Beschlüssen der EU – aus den europäischen und nationalen Mitteln gezielt für den klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft und Infrastruktur verwenden würde, fände das eine weit überwiegende Mehrheit der Befragten (79 %) gut.

14 Prozent fänden dies nicht so gut; mehrheitlich trifft dies auf die die Anhänger der AfD zu.

ERGEBNISSE DER BEFRAGUNG

Wenn die Bundesregierung die Konjunkturlösungen aus den europäischen und nationalen Mitteln gezielt für den klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft und Infrastruktur verwendet, fänden das

	gut	nicht so gut *)
	%	%
insgesamt	79	14
Ost	77	18
West	79	14
Männer	82	15
Frauen	76	13
18- bis 29-Jährige	84	7
30- bis 44-Jährige	80	13
45- bis 59-Jährige	76	15
60 Jahre und älter	77	18
Hauptschule	72	24
mittlerer Abschluss	77	16
Abitur, Studium	81	12
Anhänger der		
CDU/CSU	81	14
SPD	88	11
Grünen	94	4
Linken	87	10
FDP	66	29
AfD	38	59

*) an 100 Prozent fehlende Werte = „weiß nicht“

KONTAKT

Thorsten Greb, Deutscher Naturschutzring (DNR), Tel.: 030/ 6781775-78, thorsten.greb@dnr.de
